

Happige Vorwürfe an Widmer-Schlumpf

Oskar Freysinger (SVP/VS) schickt Bundesrätin offenen Brief

Im Abstimmungskampf um die biometrischen Pässe kommt die Justizministerin unter Druck: Politiker von rechts und links werfen dem Justizdepartement eine irreführende Informationspolitik vor.

JESSICA PFISTER

Die Anschuldigungen von Politikern an die Adresse von Eveline Widmer-Schlumpf sind happig: Sie und das Bundesamt für Polizei (Fedpol) enthielten dem Volk heikle Informationen zu den biometrischen Pässen vor, erzählten Unwahrheiten und manipulierten damit die Stimmbürger.

Die Justizministerin engagiert sich seit der Eröffnung des Abstimmungskampfes Ende März und wirbt an Pressekonferenzen und in Interviews intensiv für den so genannten E-Pass. Wie zuletzt im «Le Matin Dimanche», als sie sagte, dass «Facebook gefährlicher als der biometrische Pass ist».

Diese Aussage brachte SVP-Nationalrat Oskar Freysinger in Rage: «Es ist zwar ihre Aufgabe,

zu informieren, nicht aber Lügen zu verbreiten.» Dass die neuen Pässe absolut fälschungssicher sind, sei schlicht und einfach falsch. Dies zeige eine Studie der Universität Lausanne im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds vom Juli 2008. Schlussfolgerung: Die Technologie ist nicht ausgereift, der Pass nicht fälschungssicher.

«Dass Widmer-Schlumpf zudem behauptet, ein Nein am 17. Mai gefährde das Schengen-Abkommen, brachte das Fass zum Überlaufen», so Freysinger. Er schrieb ihr deshalb am Montag einen offenen Brief, in dem er sie auffordert, die «Propaganda ihres Bundesamtes einzustellen».

Ausweichende Antworten

Mit seiner Kritik steht der Walliser SVP-Nationalrat nicht allein da. Auch der grüne Nationalrat Geri Müller (AG) ärgert sich über die Informationspolitik des Departements von Widmer-Schlumpf: «Die Antworten, die wir Parlamentarier auf diverse Fragen zu den biometrischen Pässen in der Frühlingssession erhielten, waren zum Teil sehr

ausweichend.» Ins gleiche Rohr bläst Carlo Sommaruga (SP/GE). «Alles, was unangenehm ist, wischt der Bundesrat einfach vom Tisch.» Als er zum Beispiel wissen wollte, was der Bundesrat unternehmen würde, um auf ein Abstimmungs-Nein zu reagieren, schob man die Verantwortung einfach an die EU weiter.

Fedpol weist Kritik zurück

Fedpol-Sprecher Guido Balmer hat kein Verständnis für die Kritik der Politiker: «Wir informierten von Anfang an klar und korrekt.» Die einzelnen Vorwürfe bezeichnet er als «realitätsfremd»: «Ein Fingerabdruck kann vielleicht im Labor gefälscht werden, aber um die Daten im Chip zu knacken, bräuhete es etwa 300 Jahre.» Also sei der Pass fälschungssicher.

Was das Schengen-Abkommen betreffe, so könne die Schweiz während 90 Tagen nach einem Nein an der Urne nach einer neuen Lösung suchen. Balmer: «Für eine andere Lösung müssten dann alle 27 EU-Länder zustimmen, was natürlich nicht sehr wahrscheinlich ist.»